



Stenografischer Bericht

öffentlich

45. Sitzung des Rechtspolitischen Ausschusses

5. Dezember 2018, 12:06 bis 12:21 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender Abg. Christian Heinz (CDU)

CDU

Abg. Alexander Bauer
Abg. Birgit Heitland
Abg. Hartmut Honka
Abg. Markus Meysner
Abg. Uwe Serke
Abg. Joachim Veyhelmann
Abg. Kurt Wiegel

SPD

Abg. Gernot Grumbach
Abg. Heike Hofmann
Abg. Gerald Kummer
Abg. Handan Özgüven
Abg. Sabine Waschke
Abg. Marius Weiß

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Hildegard Förster-Heldmann
Abg. Frank-Peter Kaufmann

DIE LINKE

Abg. Dr. Ulrich Wilken

FDP

Abg. Stefan Müller (Heidenrod)

Fraktionsassistentinnen und Fraktionsassistenten:

Lena Kreuzmann

(Fraktion der SPD)

Landesregierung, Rechnungshof, Landtagskanzlei:

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbe- zeichnung	Ministerium, Behörde
Kühne-Hörmann	lcm	HMdJ
Schall	RiLG	HMdJ
Dr. Dietz	RiAG	"
Franosch	LMR	- u -
Fünfsinn	GStA	Generalstaatsanwaltschaft
Sturum	LMR	HMdJ
Grund	Pressesprecher	HMdJ
Zuberod	LMR'u	UStG
Tautz	MD	StR
Kunze	R Dst.	HMdJ
Nick	MD	HMdJ

Protokollierung: Claudia Lingelbach

Punkt 1:**– zur abschließenden Beratung –****Antrag****der Fraktion der SPD betreffend CDU-geführte Landesregierung gefährdet funktionsfähige Justiz in Hessen****– Drucks. [19/6581](#) –**

Abg. **Heike Hofmann:** Herr Vorsitzender, wir haben mit diesem Antrag hier noch einmal ein zentrales Thema aufgerufen. Gerade in diesen Zeiten, aber auch generell – wenn man sich das europäische Ausland anschaut, z. B. Polen, wo jetzt Gott sei Dank die aktuelle Rechtsprechung dem Treiben dort Einhalt gebietet und wo Richter wohl erneut eingestellt werden –, ist es besonders wichtig, dass wir auch hier in Hessen darauf achten, dass wir eine funktionsfähige Justiz haben, die personell entsprechend gut ausgestattet ist und die den aktuellen Herausforderungen, die an die Justiz gestellt werden, Herr wird.

Wir haben mit diesem Antrag einerseits die aus unserer Sicht negative Entwicklung der letzten Jahre skizziert. Wir müssen zwar konstatieren, dass es jetzt Stellenmehrungen in den Haushalten gegeben hat, aber vor dem Hintergrund der Abbauprogramme, die wir in den letzten zwei Jahrzehnten unter dieser schwarz geführten Landesregierung zu verzeichnen hatten, haben wir bei den Stellen immer noch ein Minus im Vergleich zum Jahr 1999.

Wir haben hier auch einige Fälle, die symptomatisch für einzelne Belastungen in der Justiz stehen – das haben wir schon mehrfach im Plenum und im Rechtspolitischen Ausschuss erörtert –, etwa das lang andauernde Verfahren gegen Dr. Arnold oder aber auch der Schubert-Fall, wo es Jahre gedauert hat, bis es überhaupt zu einer Anklage und den entsprechenden gerichtlichen Verhandlungen kam.

Ich will von Ihnen auch noch einmal aktuelle Zahlen hören. Zumindest müssten jetzt die Zahlen für das 3. Quartal 2018 vorliegen und daraus resultierende Erkenntnisse über die Belastungssituation.

Ich will das noch einmal zusammenfassen: Wir haben natürlich auch die Forderung an die künftige Landesregierung – egal, wer ihr dann angehören wird –, dass die Justiz, vor allem personell und sachlich angemessen ausgestattet ist, weil unser Rechtsstaat ein sehr hohes Gut ist. Wir müssen ihn schützen und verteidigen. Deshalb ist das unsere Forderung an die künftige Landesregierung, der Sie dann auch hoffentlich nachkommen werden.

Zu den aktuellen Zahlen im 3. Quartal 2018 hätte ich gern Ihre konkreten Auskünfte über die einzelnen Gerichtsbarkeiten und die einzelnen Amts- und Landgerichte.

Abg. **Frank-Peter Kaufmann:** Ich habe eine Frage an den Antragsteller. Ich verstehe nicht, warum Sie einen Antrag von Juni dieses Jahres mit wahlkampfbezogenen Falsch-aussagen, der von Ihrer Fraktion nicht ins Plenum gebracht wurde, obwohl Sie dazu Gelegenheit gehabt hätten – wir hatten ja noch Plenarsitzungen nach diesem Datum – jetzt in eine Ausschusssitzung bringen, wo das Interesse eher mäßig ist.

Dann wollen Sie diesen Antrag aber wiederum dazu nutzen, um über etwas ganz anderes zu reden, nämlich über aktuelle Zahlen, wogegen ich nichts habe – nichts gegen

Aktualität. Nur: Der Sinn dieses Antrags war doch eher der, einen Beitrag in einer Auseinandersetzung zu leisten, die von den hessischen Wählerinnen und Wählern längst entschieden ist. Deswegen sitzen wir hier meiner Ansicht nach relativ sinnlos heute herum.

Ministerin **Eva Kühne-Hörmann**: Der Antrag stammt von Juni. Im Juni hatte der Antrag schon nichts mit der Realität zu tun, und im Dezember hat er erst recht nichts mit der Realität zu tun. Das habe ich hier im Ausschuss x-mal vorgetragen. Zu behaupten, wir hätten einen Rechtsstaat, wie in Polen – das haben Sie eben angedeutet –

(Abg. Dr. Daniela Sommer: Das habe ich nicht behauptet!)

– na ja, Sie haben das in etwa so dargestellt –, das weise ich mit aller Schärfe zurück. Unser Rechtsstaat funktioniert. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen dem Rechtsstaat. Das ist auch gut so. Er ist stark, und wir vollziehen auch konsequent unsere Gesetze.

Deswegen will ich auf wenige Punkte hinweisen: Wir haben die Justiz aufgestockt. Es hat in dieser Legislaturperiode keinen Personalabbau gegeben, sondern einen Personalaufbau mit über 500 Stellen. Das ist in der Fläche und bei den Spezialeinheiten mit den Sicherheitspaketen gelandet, die wir geschnürt haben. Auch was den Opferschutz angeht, sind wir gut aufgestellt.

Frau Kollegin, jetzt wegen des aktuellen Bezugs mit Zahlen aus dem 3. Quartal 2018 zu kommen – als wenn man die schon auswendig wüsste –, dazu kann heute keiner etwas sagen. Dann müssten Sie das schon konkret formulieren und am Ende auch darstellen.

Da Sie ja die Staatsanwaltschaft mit den langwierigen Verfahren ganz besonders fordern, will ich die Gelegenheit nutzen und das tun, was ich schon im letzten Ausschuss gemacht habe, nämlich dem Generalstaatsanwalt Herrn Prof. Fünfsinn, der die Fachaufsicht hat, das Wort geben zu den Verfahren, die Sie alle einzeln aufgeführt haben. Ich glaube, das ist dann auch alles, was man zu einem solchen Antrag zu diesem Zeitpunkt noch zu sagen hätte.

Prof. **Dr. Fünfsinn**: Ich kann mich eigentlich auf das beziehen, was in der letzten Sitzung, der 44. Sitzung, von mir gesagt worden ist. Das steht alles im Protokoll – in der Tat.

Seit dieser Zeit haben wir weitergearbeitet. Das Verfahren, das angesprochen worden ist, ist inzwischen eingestellt worden. Die Einstellungsverfügung ist den ehemals Beschuldigten letzten Freitag zugegangen. Jetzt ist abzuwarten, ob dagegen Rechtsbehelfe eingelegt werden oder nicht. Jedenfalls kann man dieses Verfahren zurzeit als beendet ansehen.

Abg. **Heike Hofmann**: Ich bin wohl bewusst von der Ministerin missverstanden worden.

Herr Kollege Kaufmann, es ist aber so, dass uns die Themen nachhaltig interessieren und dass wir sie nachhaltig bearbeiten. Wir lassen uns nicht von irgendeiner vermeintlichen Tagesaktualität leiten. Wir setzen uns im Wahlkampf und außerhalb des Wahlkampfes – unabhängig von jeglicher Tagesaktualität – permanent mit diesen Themen auseinander. Unabhängig davon haben Sie die Abläufe und den Umstand, dass die Sitzung heute nicht öffentlich ist, auch falsch dargestellt. Unser Anspruch ist es, uns permanent mit den Dingen auseinanderzusetzen und zu beschäftigen.

Frau Kühne-Hörmann, ich weise es entschieden zurück: Ich werde mitnichten das polnische System oder die aktuellen Problemlagen mit der hiesigen Justiz vergleichen. Das liegt mir absolut fern; das wäre auch völlig unangemessen. Da haben Sie mich bewusst oder unbewusst falsch verstanden. Deshalb muss ich das an dieser Stelle zurückweisen.

Der dritte Punkt. Ich hatte bewusst – alles andere würde auch wenig Sinn ergeben – die Zahlen für das 3. Quartal 2018 abgefragt. Wenn Sie sie heute nicht zur Verfügung haben, bitten wir darum, dass sie nachgereicht werden.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Gibt es noch weitere Wortmeldungen aus dem Ausschuss? Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion der SPD abstimmen.

Beschluss:

RTA/19/45 – 05.12.2018

Der Rechtspolitische Ausschuss lehnt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung ab.

(CDU, GRÜNE gegen SPD bei Enthaltung LINKE, FDP)

Die Ministerin wird um Nachreichung der Zahlen für das 3. Quartal 2018 gebeten.

Wiesbaden, 10. Dezember 2018

Protokollierung:

Der Vorsitzende:

Claudia Lingelbach

Christian Heinz